

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/006(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr  Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag,  09.01.2020	Mensa- Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	17:00Uhr	21:15Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.11.2019
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Lenkungsausschuss Buckau  
Amt 61/BauBeCon
- 6 Denkmale und verwahrloste Immobilien  
Amt 61/Amt 63
- 7 Beschlussvorlagen

7.1	Behebung von Brandschutzmängeln gemäß Schutzzielorientiertem Brandschutzkonzept für das Objekt Lübecker Str. 32 Amt 53	DS0545/19
7.2	Grundsatzbeschluss Ausbau des nördlichen Radweges in der Königstraße Amt 66	DS0548/19
7.3	Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 410-6.1 "Hopfenbreite 63" Amt 61	DS0619/19
7.4	Änderung des Geltungsbereiches, Umbenennung, Verfahrenswechsel sowie Entwurf und öffentliche Auslegung des einfachen Bebauungsplanes Nr. 303-1 "Am Schroteanger 72-76/Steinbergstraße" Amt 61	DS0431/19
8	Anträge	
8.1	Denkmal- und Skulpturenkonzept Fraktion CDU/FDP	A0194/19
8.1.1	Denkmal- und Skulpturenkonzept FB 41	S0404/19
8.2	Keine Baumfällungen in der Königstraße Fraktion GRÜNE/future!	A0180/19
8.2.1	Keine Baumfällungen in der Königstraße Fraktion CDU/FDP	A0180/19/1
8.2.2	Keine Baumfällungen in der Königstraße Fraktion GRÜNE/future!	A0180/19/2
8.2.3	Keine Baumfällungen in der Königstraße Amt 66	S0382/19
8.3	Kennzeichnung des Radfahrweges Ernst-Lehmann-Straße Fraktion CDU/FDP	A0192/19
8.3.1	Kennzeichnung des Radfahrweges Ernst-Lehmann-Straße Amt 66	S0441/19
8.4	Begrünung von Lärmschutz- und Hochwasserschutzwänden Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0217/19
8.4.1	Begrünung von Lärmschutz- und Hochwasserschutzwänden Amt 66	S0466/19
8.5	Lärmschutzwand gestalten Fraktion GRÜNE/future!	A0219/19
8.5.1	Lärmschutzwand gestalten	S0468/19

	Amt 66	
8.6	Tempo 30-Piktogramme auf der Goethestraße Fraktion GRÜNE/future!	A0255/19
8.6.1	Tempo 30-Piktogramme auf der Goethestraße SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion GRÜNE/future!	A0255/19/1
8.6.2	Tempo 30-Piktogramme auf der Goethestraße Amt 66	S0506/19
8.7	Städtebauliche Entwicklung von Supermarktstandorten in Wohngebieten Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0200/19
8.7.1	Städtebauliche Entwicklung von Supermarktstandorten in Wohngebieten Amt 66	S0387/19
8.8	Grundsatzbeschluss Ökologische Dachflächennutzung Fraktion GRÜNE/future!	A0220/19
8.8.1	Grundsatzbeschluss Ökologische Dachflächennutzung Fraktion CDU/FDP	A0220/19/1
8.8.2	Grundsatzbeschluss Ökologische Dachflächennutzung Amt 61	S0476/19
8.9	Bepflanzung statt Bebauung am Döllweg SPD-Stadtratsfraktion	A0216/19
8.9.1	Bepflanzung statt Bebauung am Döllweg Amt 61	S0477/19
8.10	Miteinander im Verkehr Fraktion CDU/FDP	A0256/19
8.10.1	Punkt - Gespräche zu führen....	
8.10.2	Punkt - Fördermittel	
8.10.3	Miteinander im Verkehr Amt 61	S0535/19
8.11	Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66 Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen	A0208/19
8.11.1	Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66 Amt 61	S0543/19
9	Informationen	

9.1	Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zu Kunst am Bau EB KGm	I0309/19
9.2	Max Uhlig - Fenster in der Magdeburger Johanniskirche hier: Finanzierungsvereinbarung zur Vorfinanzierung sowie Fertigstellung des Projektes IV/01	I0346/19
9.3	Ökologisches Zentrum und Institut Magdeburg (ÖZIM) FB 62	I0279/19
9.4	Reparatur Feldweg zum Kreuzberg/ Frohser Berg Amt 66	I0318/19
9.5	Blindenleitsystem am Hauptbahnhof (A0090/16) Amt 66	I0323/19
9.6	Radweg "Biederitzer Busch" von der Straße "An den Rennwiesen" bis zur "Breitscheidstraße" Amt 66	I0328/19
9.7	2. Redaktionelle Berichtigung des Flächennutzungsplanes Amt 61	I0204/19
9.8	Zwischeninformation zum Sachstand zur Umsetzung des Antrages A0075/19 Installation von Fahrradständern und Ladestationen für E- Bikes Amt 61	I0338/19
9.9	Fahrradparkturm Amt 61	I0363/19
10	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	
11	Mitteilungen und Anfragen	
16.1	Stabile Preise für Bus & Bahn Fraktion Grüne/future!	A0156/19

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Mirko Stage

**Mitglieder des Gremiums**

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

René Hempel

Madeleine Linke

Christian Mertens

Burkhard Moll

Frank Schuster

Reinhard Stern

**Vertreter**

Jürgen Canehl

**Geschäftsführung**

Corina Nürnberg

---

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden und wünscht ein erfolgreiches Jahr. Er geht auf die fristgemäße Ladung ein, stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die 1. Sitzung im Jahr 2020.

Er hofft auch weiterhin auf eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Der **Vorsitzende** schlägt vor, den TOP 7.2 und TOP 8.2 / 8.2.1 im Zusammenhang zu behandeln.

Des Weiteren spricht er sich dafür aus den TOP 16.1 und 16.2 zu vertagen. Er verweist auf einen Gesprächstermin in der kommenden Woche dazu.

Redebedarf wird zu folgenden Informationen angemeldet.

TOP 9.2

TOP 9.5

TOP 9.6

TOP 9.7

TOP 9.8

TOP 9.9

Abstimmung: 9-0-0 geändert beschlossen

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 28.11.2019

---

**Stadtrat Stern** hat festgestellt, dass einige Niederschriften im Session nicht eingestellt sind und bittet um Klärung.

Abstimmung: 8-0-1

### 4. Einwohnerfragestunde

---

### 5. Lenkungsausschuss Buckau

---

**Stadtrat Stage** geht auf die von der MVB geplanten Baumaßnahmen im Bereich Buckau ein. Er verweist auf eine kritische Situation bei den Gewerbetreibenden, die schon jetzt bestehe.

Er geht auf die geplante Bürgerveranstaltung ein und erkundigt sich nach einem detaillierten Bauablaufplan.

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) verweist auf letzte Abstimmungen, die zum Ablaufplan noch geführt werden müssen. Die Vorstellung werde in der Bürgerveranstaltung am 15.01.2020 in Buckau erfolgen.

Die Zielstellung der Verwaltung sei, u.a. eine Minimierung der Bauverkehre.

**Frau Schube** (BauBeCon) informiert über den laufenden Informationsaustausch mit den Gewerbetreibenden.

**Stadtrat Stern** bittet um Vorstellung im nächsten StBV. Er vermisst eine Einbindung in die Vorbereitung der Baumaßnahme hinsichtlich Umleitungsverkehren, Erreichbarkeit, Belastungen u.ä..

Er sei bereits von vielen Bürgern zur Problematik angesprochen worden.

Unbestritten sei die Notwendigkeit der MVB-Baumaßnahmen.

Im Ausschuss müsse über die geplanten Arbeiten und Einschränkungen informiert werden. Nur so können die Stadträte den Bürgern Antworten geben.

**Stadtrat Canehl** geht auf die Bautätigkeiten im Bereich Raiffeisenstraße/ Warschauer Straße ein und macht auf das Figurenfestival des Puppentheaters im August 2020 aufmerksam.

**Stadtrat Dr. Grube** greift die Problematik Figurenfestival und die Belastungen für Buckauer auf. Die Maßnahme sollte mit dem Figurenfestival des Puppentheaters koordiniert werden, war die Aussage vormals. Jetzt habe er aber das Gefühl, dass es mit fortschreitender Bauzeit immer schlimmer werde.

**Stadtrat Guderjahn** geht auf den barrierefreien Ausbau der Haltestelle Thiemstraße ein. Er fragt, warum nicht zeitgleich mit dem Gleisbau der Umbau des Haltestellenbereichs begonnen werde.

**Herr Gebhardt** (AL 66) geht auf die erst jetzt zur Verfügung stehenden Fördermittel ein. Er verweist auf betriebstechnische Gründe der MVB, die einer Umsetzung von Gleisbaumaßnahmen im Haltestellenbereich bis 12/2020 entgegenstehen. Er unterstreicht die Bedeutung der Trasse, über die u.a. die Bahnen zum und vom Betriebshof Westerhüsen fahren. Ein zusätzlicher Einbau von Bauweichen müsste erfolgen. Dies ist bis Dezember 2020 nicht möglich und betriebstechnisch nicht genehmigungsfähig.

## 6. Denkmale und verwahrloste Immobilien

---

**Stadtrat Guderjahn** erkundigt sich nach den Entwicklungen im Bereich Sternstraße 2.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf eine geringe Einflussnahme durch die Verwaltung, da es sich um Privateigentum handele. Gesprächsangebote bestehen, Vermittlungen laufen.

## 7. Beschlussvorlagen

---

- 7.1. Behebung von Brandschutzmängeln gemäß  
Schutzzielorientiertem Brandschutzkonzept für das Objekt  
Lübecker Str. 32  
Vorlage: DS0545/19
-

**Herr Dr. Hennig** (AL 53) geht auf einen Volksstimmartikel zur Brandschutzsicherheit des Gebäudes ein. Er verweist auf Mängel, die es gebe, die aber nicht so gravierend seien, wie in der Presse dargestellt.

**Herr Schlenker** (EB KGm) versichert, dass sich die Belastungen für die Nutzer des Gebäudes während den Umbauarbeiten in Grenzen halten sollen.

**Stadtrat Stage** fragt **Herrn Dr. Hennig**, ob er das alles so mittragen könne. Er erkundigt sich nach möglichen Punkten, auf die speziell noch einmal hingewiesen werden müsse.

**Herr Dr. Hennig** verweist auf das komplexe Geschehen durch die Baumaßnahme. Belastungen werden für die Nutzer unumgänglich sein, stellt **Herr Schlenker** noch einmal klar. Die Ertüchtigung hinsichtlich Brandschutz werde schrittweise im Bestand erfolgen.

**Stadtrat Stern** fragt **Herrn Schlenker**, gibt es noch weitere Problemfälle hinsichtlich Brandschutzmängel in öffentlichen Gebäuden in Magdeburg. Die Verwaltung (EB KGm) sollte darlegen was noch kommen könnte, damit die entsprechenden Mittel für eine Planungssicherheit berücksichtigt werden können.

Er bittet um eine Information an den Bauausschuss.

**Herr Schlenker** geht auf die regelmäßigen Brandschutzscharen ein, in deren Rahmen die Mängel festgestellt worden seien. Er verweist auf die veränderten Vorschriften, an die die Gebäude angepasst werden. Eine Aktualisierung des Brandschutzkonzeptes laufe.

**Stadtrat Stage** erkundigt sich nach weiteren Beschlussvorlagen zur Behebung von Brandschutzmängeln an Gebäuden.

Gegenwärtig gebe es keine weiteren Beschlussvorlagen zum Thema, teilt **Herr Schlenker** mit.

**Stadtrat Canehl** geht auf die vielen Nutzer des Gebäudes ein, die zu berücksichtigen seien. Die Öffentlichkeitsarbeit müsse dementsprechend verbessert werden.

**Herr Schlenker** verweist auf den langen Umsetzungszeitraum. Der Verwaltung sei die Situation der Fremdnutzer bzw. der vielen Besucher bekannt und werde dieses dementsprechend während der Bauphase berücksichtigen.

Der **Vorsitzende** verweist darauf, dass diese Diskussion zuständigkeitshalber im Betriebsausschuss geführt werden sollte.

Abstimmung zur DS0545/19: 9-0-0

7.2. Grundsatzbeschluss Ausbau des nördlichen Radweges in der  
Königstraße  
Vorlage: DS0548/19

---

*Der TOP 7.2 und TOP 8.2/8.2.1 werden im Zusammenhang diskutiert.*

**Herr Gebhardt** (AL 66) geht auf einen Vor-Ort-Termin mit dem ADFC, EB SFM und Tiefbauamt ein.

Er geht auf die EFRE-Förderung, Teilaktion Radwege (90% Förderung) ein, mit der der Ausbau des nördlichen Radweges in der Königstraße erfolgen soll.

Er stellt die Vorzugsvariante 2 der Verwaltung vor.

Im Laufe des Vor-Ort-Termins wurden die Anregungen zur Reduzierung der Radwegbreite/-lage zum Erhalt der Bäume diskutiert.

Damit wäre eine teilweise Radwegbreite von 1,60 m in den Tempo-30 abzweigenden Verkehrsanlagen möglich.

Des Weiteren geht er auf die Bäume ein, die teilweise im Bereich der Gasleitung liegen.

*In die Diskussion wurde ein vorab verteilter Vorschlag eines Änderungsantrages mit einbezogen.*

**Stadtrat Canehl** bedankt sich bei **Herrn Gebhardt** für die von der Verwaltung unterbreiteten Vorschläge und die Erläuterung dazu.

Er geht auf die Historie des Sachverhalts (Änderungsanträge zur Stärkung des Radverkehrs) ein, bemängelt aber den Informationsfluss.

**Stadtrat Stern** geht auf die Beschlusslage zum Antrag ein und vermisst Aussagen zum südlichen Teil.

**Stadtrat Dr. Grube** geht auf den Änderungsantrag ein, den er unter Punkt 5 hinsichtlich Aufnahme in die Investitionsliste ergänzt haben möchte.

Er geht auf die vorhandene Topographie ein und hinterfragt den Bedarf an Wurzelbrücken und verweist auf die Gasleitung.

Er äußert seine Bedenken hinsichtlich Abstriche bei der Sicherheit im Falle des Erhaltes der Bäume. Er hinterfragt eine „Gesamtkonzeption“ zu Erdverlegung von Freileitungen.

**Stadtrat Hempel** geht ebenfalls auf die Problematik Gasleitung ein.

**Herr Gebhardt** erläutert die Fördermittelsituation. Der 90% geförderte Ausbau der barrierefreien Bushaltestelle werde bei einer geänderten Radwegtrasse hinfällig

Die SWM sind im Planungsverfahren mit eingebunden. Hinsichtlich der Freileitungsdemontage werde laut Aussage von SWM momentan kein Bedarf gesehen (z.Z. kein Nutzerbegehren). Auf die Anmerkung zur Topographie eingehend teilt er mit, dass Wurzelbrücken nötig sein werden.

Der Mindestabstand zur Gasleitung, der teilweise mit der beantragten, geänderten Radwegtrasse unterschritten werde müsse beachtet werden.

**Stadtrat Schuster** geht auf die Problematik Werbeschilder wie z.B. in der Rosenstraße ein. Hier werde der Radfahrer teilweise durch diese Schilder verdeckt und zu spät von den anderen Verkehrsteilnehmern wahrgenommen.

**Stadtrat Mertens** geht auf das Thema Sicherheit im Kreuzungsbereich ein und erkundigt sich nach der Möglichkeit einer zusätzlicher Beschilderung oder farblicher Markierung bzw. Aufpflasterung in diesem Bereich.

Zusätzliche Beschilderung stehe einer angestrebten Reduzierung des „Schilderwalds“ entgegen, so **Herr Gebhardt**. Die Notwendigkeit sei auch nicht gegeben.

**Stadtrat Schuster** stellt den Geschäftsordnungsantrag zur punktwisen Abstimmung des Änderungsantrages.

**Stadtrat Stern** geht auf die Fördermittelproblematik hinsichtlich des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestelle ein und verweist auf das Kostenrisiko (Gasleitung, Elektroleitung, Wurzel). Des Weiteren bemängelt er, dass nur der nördliche Ausbau des Weges erfolgen soll.

**Herr Gebhardt** verweist auf den momentanen Stand hinsichtlich Gasleitung. Der teilweise geringe Baumabstand zur Gasleitung kann zukünftig zu größeren Problemen führen. Für den südlichen Bereich der Seitenanlagen, des Radweges entlang der Königsstraße laufen ebenfalls die Planungen unter Regie des Tiefbauamtes. Im Zusammenhang mit dem Ausbau dieser Seitenanlagen haben die SWM/AGM einen größeren Bedarf an Leitungsumverlegungen, auch im Straßenbereich.

**Stadtrat Dr. Grube** fragt, kann die Bushaltestelle in der Königstraße ohne Verlust der Förderung versetzt werden.

**Herr Gebhardt** geht auf den Fördertatbestand zum Radweg ein.

**Stadtrat Schuster** stellt den Geschäftsordnungsantrag zum Vertagen.

**Stadtrat Canehl** spricht sich gegen die Vertagung aus.

Die überwiegende Anzahl der Stadträte spricht sich für Vertagen der TOP 7.2, 8.2, 8.2.1, 8.2.2 und 8.2.3 aus.

Abstimmung zum GO-Antrag: 8-1-0 vertagt

vertagt

7.3. Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs zum vorhabenbezogenen  
Bebauungsplan Nr. 410-6.1 "Hopfenbreite 63"  
Vorlage: DS0619/19

---

**Stadträtin Linke** nimmt ab 18:15 Uhr an der Sitzung teil und wechselt sich mit ihrem Stellvertreter **Stadtrat Canehl** ab.

**Frau Jungk** (Amt 61) bringt die Beschlussvorlage ein. Hinsichtlich der festgesetzten Gebäudehöhe ergaben sich aufgrund der Architektur Änderungen. Die ursprüngliche Gebäudehöhe wird geringfügig überschritten.

Des Weiteren werden die grünordnerischen Festsetzungen an die Erschließung des Gebäudes angepasst.

**Stadtrat Dr. Grube** hinterfragt Möglichkeiten, die Parkplatzfelder so zu verschieben, dass zusätzliche Bäume gepflanzt werden können.

**Frau Jungk** verweist auf den Anlieferverkehr (Schleppkurvenradius).

Im Rahmen der Auslegung werde dieses als Anregung mit aufgenommen.

**Stadtrat Schuster** geht auf den aktuellen Baumbestand und die durch die Baumaßnahme nötigen Baumfällungen ein. Es sollte eine rechtzeitige Kommunikation hinsichtlich Baumfällungen dazu erfolgen, regt er an.

Abstimmung zur DS0619/19: 9-0-0

7.4. Änderung des Geltungsbereiches, Umbenennung,  
Verfahrenswechsel sowie Entwurf und öffentliche Auslegung  
des einfachen Bebauungsplanes Nr. 303-1 "Am Schroteanger  
72-76/ Steinbergstraße"  
Vorlage: DS0431/19

---

**Frau Deutsch** (Amt 61) verweist auf die nicht mehr relevanten Planungsziele, erläutert den geänderten Geltungsbereich sowie die Umbenennung des Bebauungsplanes. Ergänzend erläutert **Herr Dr. Scheidemann** die Erschließungsproblematik. Ein Planungserfordernis bestehe für die historisch gewachsene Bestandsbebauung, für die eine Erschließung (normgerechte Fahrbahn) gesichert werden müsse.

**Stadtrat Stern** fragt, ob es konkrete Anliegen von Grundstücksanliegern dazu gebe. Ja, antwortet daraufhin **Herr Dr. Scheidemann**.

Ergänzend fragt **Stadtrat Stern** dazu, ob er es richtig sehe, dass private Eigentümer öffentlich erschlossen werden sollen.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf unterschiedliche Sachverhalte hinsichtlich Erschließungsbeiträge und Straßenausbaubeiträge.

Wenn Bauvorhaben dort stattfinden sollen, müssen die entsprechenden Straßenbreiten festgesetzt werden.

**Stadträtin Linke** geht auf die Nähe zur Schrote (Grünzug) ein und verweist auf die Kaltluftbahn. Das Wohngebiet müsse soweit wie möglich von der Schneise weg.

**Herr Dr. Lerm** (AL 61) geht auf die Baugrenzen ein.

Abstimmung zur DS0431/19: 8-0-1

## 8. Anträge

---

### 8.1. Denkmal- und Skulpturenkonzept Vorlage: A0194/19

---

**Stadtrat Schuster** bringt den Antrag ein. Er verweist auf den großen Bestand an Skulpturen, Denkmälern sowie Glaskunst und die unterschiedlichen Nutzer/Verantwortlichkeiten in der Stadt. Eine Bestandsaufnahme sei dringend erforderlich. Er bemängelt den Umgang mit den Objekten hinsichtlich Wartung, Pflege, Relevanz und Standortfrage. Anhand von Bildern geht er auf den schlechten Zustand einiger Objekte ein.

Die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten erläutert er anhand des Beispiels Hasselbachbrunnen. Hier sei für das direkte Umfeld das Tiefbauamt zuständig, für den Brunnenaufbau das Kulturdezernat und für die Brunnentechnik der Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe. Eine Behörde, ein Ansprechpartner sei dringend notwendig.

**Herr Dr. Dürre** (FB 41) verweist auf viele Kunstwerke, die zum Skulpturenpark des Kunstmuseums gehören. Dazu könne er keine Aussagen machen. Das Kulturbüro habe momentan ca. 200 Kunstwerke in Pflege und Beobachtung (Kunstpaten). Er führt zu den Aufteilungen der verschiedenen Zuständigkeiten aus.

**Stadtrat Stage** geht auf die Ausführungen von **Herrn Dr. Dürre** ein. Diese Ausführungen unterstreichen aus seiner Sicht die Erforderlichkeit eines Gesamtkonzeptes.

**Herr Dr. Dürre** verweist darauf, dass sich die Kunst im öffentlichen Raum in der Stadtgestaltung wieder einordnen müsse.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich für ein zu erstellendes Kataster aus.

**Stadtrat Guderjahn** fehlt ein generelles Konzept. Er verweist auf den Tourismus in der Stadt und spricht sich für eine bessere Präsentation der Kunstschatze aus.

**Stadtrat Schuster** hatte eine gesamtstädtische Stellungnahme erhofft. Der Antrag erging an die Stadt und nicht nur an das Kulturamt.

**Stadtrat Hempel** kann sich nicht vorstellen, ob ein starres Konzept hilfreich sein werde. Möglicherweise sei ein Kataster, eine Erfassung erst einmal erforderlich.

**Stadtrat Stage** hält beides für erforderlich (1. Konzept, 2. Kataster). Kunst als Zeitzeugen müsse eigeordnet werden. Ein Konzept müsse nicht zwangsläufig starr sein.

**Herr Dr. Dürre** verweist darauf, dass alle städtischen Objekte als Liste im Anlagevermögen erfasst seien.

**Herr Dr. Lerm** könne sich ein 2-stufiges System vorstellen.

1. Stufe: gesamte Kunst im öffentlichen Raum erfassen, auch von Dritten;
  2. Stufe: Konzept mit notwendigen Überlegungen hinsichtlich Aktualität;
- Kunst brauche einen Wirkungsraum/Rahmen. Die Konzeption werde den Rahmen bilden müssen.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich für eine Bestandsaufnahme aller Objekte im Stadtgebiet aus. Er sieht dieses als einen ersten Schritt. Eine Art Kataster, in dem der Bestand zusammengefasst werde. Dieses gebe einen Überblick, aus dem dann ein Konzept entwickelt werden könne. Er erinnert auch an die Objekte, die nicht im unmittelbaren Verantwortungsbereich der Stadt stehen.

Er verweist auf die Kulturhauptstadtbewerbung und sieht hier den Kulturbereich in der Pflicht.

**Stadtrat Stern** sieht ein neues Themenfeld im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung hier gegeben. Er spricht sich für den Antrag aus.

**Stadtrat Moll** bittet den Fundus bereits bei Bauvorhaben von Beginn an verstärkt mit einzuplanen.

**Stadtrat Guderjahn** spricht sich für ein Denkmal- und Skulpturen- **Nutzungskonzept** aus. Es müsse geprüft werden, ob Dinge aufgestellt bleiben/werden oder nicht.

Abstimmung zum Antrag A0194/19: 7-0-2

8.1.1. Denkmal- und Skulpturenkonzept  
Vorlage: S0404/19

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.2. Keine Baumfällungen in der Königstraße  
Vorlage: A0180/19

---

*Im Zusammenhang mit der Diskussion zum TOP 7.2 wurden auch die TOP 8.2 und dazugehörige vertagt.*

vertagt

8.2.1. Keine Baumfällungen in der Königstraße  
Vorlage: A0180/19/1

---

vertagt

8.2.2. Keine Baumfällungen in der Königstraße  
Vorlage: A0180/19/2

---

vertagt

8.2.3. Keine Baumfällungen in der Königstraße  
Vorlage: S0382/19

---

vertagt

8.3. Kennzeichnung des Radfahrwegs Ernst-Lehmann-Straße  
Vorlage: A0192/19

---

**Stadtrat Stern** vermisst alternative Vorschläge von der Verwaltung. Die Kennzeichnung des Radweges sei für ein Sicherheitsgefühl an dieser Stelle aus seiner Sicht geeignet. Der Fahrradfahrer treffe unvermittelt auf die Bordsteinanlage mit fehlender Bordsteinabsenkung. **Herr Gebhardt** verweist auf die fehlende Gesamtstraßenbreite für eine Kennzeichnung eines Fahrradstreifens.

Den Hinweis zur fehlenden Bordabsenkung werde er prüfen lassen.  
*Die fehlende Bordabsenkung wird im Februar 2020 hergestellt.*

**Stadtrat Stern** spricht sich für eine Trennung von Fuß- und Radweg auf der Südseite aus. Hierfür sieht **Herr Gebhardt** momentan keinen Bedarf.

**Stadträtin Linke** schließt sich der Argumentation von **Stadtrat Stern** an. Der Zustand des Fußweges sei miserabel. Sie spricht sich für den Antrag aus.

Abstimmung zum Antrag A0192/19: 8-0-1

8.3.1. Kennzeichnung des Radfahrwegs Ernst-Lehmann-Straße  
Vorlage: S0441/19

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.4. Begrünung von Lärmschutz- und Hochwasserschutzwänden  
Vorlage: A0217/19

---

**Stadtrat Guderjahn** bemängelt die Stellungnahme, er vermisst Lösungsangebote. **Herr Gebhardt** geht auf die Notwendigkeiten und Schwierigkeiten bei der Prüfung der Ingenieurbauwerke ein.

**Stadtrat Stern** kann der Argumentation der Verwaltung folgen. Eine Begrünung sei gut, wenn eine Möglichkeit zur Begrünung bestehe. Dieses sollte aber offen gehalten und nicht grundsätzlich festgelegt werden.

**Stadtrat Hempel** stimmt den Ausführungen von **Stadtrat Stern** zu.

Des Weiteren fragt er, wie es bei den Hochwasserschutzwänden aussehe.

**Herr Gebhardt** verweist auf die Möglichkeit der Prüfung der Hochwasserschutzwände, die gegeben sein müsse. Er stellt die Flußflächen als Pflanzort und die bei begrüntem Hochwasserschutzwänden teilweise nur schwer mögliche Prüfung der Bauwerke in Frage.

Für **Stadtrat Dr. Grube** scheiden Hochwasserschutzwände als Begrünungsobjekte aus. Eine teilweise Begrünung hält er an manchen Lärmschutzwänden für machbar. Der Sicherheitsaspekt/Lärmschutz müsse aber bei Lärmschutzwänden im Vordergrund stehen, er diene den Menschen hinter der Lärmschutzwand.

**Stadtrat Guderjahn** werde einen möglichen Änderungsantrag prüfen.

**Herr Dr. Lerm** verweist auf die Lärmschutzwand als ein Instrument städtebauliche Missstände zu kaschieren. Eine Lärmschutzwand sei das allerletzte Mittel in der Stadtplanung.

Abstimmung zum Antrag A0217/19:            1-4-3            nicht empfohlen

**Stadtrat Dr. Grube** fehlt bei der Abstimmung.

8.4.1.            Begrünung von Lärmschutz- und Hochwasserschutzwänden  
Vorlage: S0466/19

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.5.            Lärmschutzwand gestalten  
Vorlage: A0219/19

---

**Stadtrat Dr. Grube** nimmt wieder an der Sitzung teil.

**Stadträtin Linke** bringt den Antrag ein.

**Herr Gebhardt** verweist auf einen erhöhten Mehraufwand.

**Stadtrat Stage** bittet um Unterstützung und praktikable Lösungssuche.

Eventuell sei die Einbeziehung der Graffiti-sprayer aus der Kulturszene ein Lösungsansatz. Hierzu könne er Kontakte herstellen.

**Stadtrat Mertens** hinterfragt die Kosten. Wie kommt man auf 50.000 €?

**Herr Gebhardt** verweist auf bisherige, hohe Kosten, die bei einem ähnlichen Projekt angefallen sind. Bei der LSW Nordabschnitt wurden im Jahr 2011 z.B. an vier Bauenden Graffiti-Flächen (240 Quadratmeter) unter Regie des Jugendamtes umgesetzt. Diese kosteten damals inklusiver der dafür erforderlichen Verkehrssperrungen auf dem Magdeburger Ring ca. 21.000 Euro.

*Bei einer Graffiti-gestaltung von ca. 230m Länge und 2 m Höhe wurde der obige Betrag aus 2011 auch unter Berücksichtigung der Preissteigerungen etc. auf 50.000 Euro fortgeschrieben.*

Abstimmung zum Antrag A0219/19:            9-0-0

8.5.1.            Lärmschutzwand gestalten  
Vorlage: S0468/19

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.6. Tempo 30-Piktogramme auf der Goethestraße  
Vorlage: A0255/19

---

**Stadträtin Linke** verweist auf den Änderungsantrag und spricht sich für den Änderungsantrag aus.

Neue Piktogramme aufzubringen sei generell möglich, teilt **Herr Gebhardt** mit.

Die Kostenfrage solle aber bedacht werden, jedes der Piktogramme koste rund 300,-€.

**Stadtrat Hempel** spricht sich für den Antrag aus. Es sei wichtig, nicht nur an den Einfahrten der Straße zu verdeutlichen, welche Regeln hier gelten.

**Stadtrat Stern** fährt täglich in diesem Bereich und hat noch nie Probleme in diesem Bereich als Fahrradfahrer gehabt.

Der Änderungsantrag mache Sinn, so **Stadtrat Dr. Grube**. Die Verkehrsteilnehmer müssen sich erst einmal an die Fahrradstraße gewöhnen und eine zusätzliche Markierung wäre durchaus als Erinnerungstütze hilfreich. Drängler werde es aber immer geben.

**Stadtrat Stage** findet es unterstützend/hilfreich.

**Stadtrat Schuster** geht auf die vorhandenen Piktogramme und Schilder ein.

Abstimmung zum Antrag A0255/19: 5-0-4 geändert empfohlen

8.6.1. Tempo 30-Piktogramme auf der Goethestraße  
Vorlage: A0255/19/1

---

Abstimmung zum Änderungsantrag A0255/19/1: 5-0-4

8.6.2. Tempo 30-Piktogramme auf der Goethestraße  
Vorlage: S0506/19

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.7. Städtebauliche Entwicklung von Supermarktstandorten in  
Wohngebieten  
Vorlage: A0200/19

---

**Stadtrat Guderjahn** erläutert den Antrag.

**Herr Dr. Lerm** bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Grundsätzlich stelle sich die Frage, wie weiter mit dem Einzelhandel.

Im Rahmen von Beratungsgesprächen werde die Möglichkeit von gemischt genutzten Objekten thematisiert.

Er spricht sich aber für eine flexible Regelung aus, sonst werde sich an einigen Stellen in der Stadt gar nichts mehr entwickeln, gibt er zu bedenken. Die jeweilige spezielle Situation sei zu beachten.

Pauschal könne der Antrag nicht für das gesamte Stadtgebiet umgesetzt werden, stellt **Stadtrat Stage** fest.

Aus der Sicht von **Stadtrat Dr. Grube** müsse der Antrag abgelehnt werden. Die Intension des Antrages kann er nachvollziehen. Er verweist auf die Stellungnahme, das Fazit der Stellungnahme sollte der Tenor eines Änderungsantrages werden.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf die Möglichkeit der Klarstellung im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens oder nach § 34 BauGB.

**Stadtrat Stern** geht auf die Regeln des BauGB ein, die zu beachten seien. In Magdeburg werde es schwer Wohnraum über Supermärkten zu vermarkten. Er verweist u.a. auf den Lieferverkehr in den frühen Morgenstunden. Anders sehe es in den Metropolen wie Berlin aus, hier investieren einige Handelskonzerne in Wohnraum über ihren Märkten. Abschließend verweist er noch auf den vorhandenen Wohnungsleerstand in Magdeburg. Den Punkt 3 im Fazit sieht er kritisch und spricht sich für die Streichung aus.

**Stadtrat Schuster** spricht sich dafür aus, im Punkt 3 „werden“ durch „sollten“ zu ersetzen.

**Stadtrat Dr. Grube** geht auf den Wandel der Anforderung im Städtebau ein. Eine bessere Einpassung sei wichtig, auch im Rahmen von „Ersatzneubauten“ wie z.B. an der Ebendorfer Straße. Beim geplanten Neubau in der Hopfenbreite sei die Forderung nach einer mehrgeschossigen Bebauung neben Kleingärten keine gute Lösung. Darum müsse es immer eine Einzelfallentscheidung geben.

#### Änderungsantrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Antrag wie folgt zu ersetzen.*

*Für die künftige Entwicklung von Einzelhandelsimmobilien werden, in Umsetzung der gemeindlichen Planungshoheit, folgende städtebauliche Zielstellungen angestrebt:*

- *In den integrierten Lagen mit straßenbegleitender Blockrandbebauung werden Neubauten und Ersatzneubauten als Nutzungsunterlagerung zugelassen.*
- *Auch in den zentralen Bereichen der Großwohnsiedlungen ist eine baulich-räumliche Integration der Einzelhandelsobjekte anzustreben. Hier kann mit ergänzenden Nutzungen in den Obergeschossen (z. B. Praxen / Büros / soziale Infrastruktur) eine Stabilisierung der Einkaufslagen erreicht werden.*
- *Baulich nicht integrierte, eingeschossige Einzelhandelsimmobilien sollten nur noch in unterversorgten Stadtteilen zugelassen werden, um hier keine unnötigen Hürden zu schaffen.*
- *Die Flachdächer aller Märkte sollen künftig aus Gründen des Natur- und Klimaschutzes begrünt werden.*
- *Ebenerdige Parkplätze sollen aus Gründen des Kleinklimas mit einem Baumdach überstellt werden*

*Abstimmung: 8-1-0*

Abstimmung zum Antrag A0200/19: 8-1-0 empfohlen mit Änderungsantrag

8.7.1. Städtebauliche Entwicklung von Supermarktstandorten in  
Wohngebieten  
Vorlage: S0387/19

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.8. Grundsatzbeschluss Ökologische Dachflächennutzung  
Vorlage: A0220/19

---

**Stadträtin Linke** bringt den Antrag ein.

**Stadtrat Stern** bemängelt, dass sein Änderungsantrag in der Stellungnahme noch nicht mit berücksichtigt worden sei.

**Herr Dr. Lerm** teilt mit, dass das Thema in der letzten Lenkungsgruppe Stadtumbau als Thema angesprochen wurde, jedoch nicht im Rahmen einer Diskussion thematisiert.

Er schlägt vor, entweder eine Stellungnahme von den Unternehmen abzuverlangen oder eine Anhörung zu diesem Thema.

**Stadtrat Stern** stellt den Geschäftsordnungsantrag zum Vertagen und spricht sich für eine Betroffenheitsbeteiligung aus. Es sollten die Vertreter der Immobilien- und Wohnungswirtschaft erst einmal angehört werden, damit diese sich zu Bedenken und Machbarkeit äußern können.

**Stadtrat Dr. Grube** verweist auf hohe Grundstückskosten und Bauvorschriften. Mit Gründächern auch im Bereich von Industriebauten könne er mitgehen, Photovoltaik sehe er problematisch.

**Stadträtin Linke** spricht sich gegen eine Vertagung aus. Sie verweist darauf, dass die WOBAU bereits seit Jahren Gründächer baue und auch im Eigenheimbaubereich sei die Integration von Solaranlagen verbreitet.

**Stadtrat Hempel** hinterfragt die möglichen Konsequenzen. Er möchte die Meinung der Experten dazu hören.

Abstimmung zum GO-Antrag:                      7-0-2                      vertagt

*Vertreter der Immobilien- und Wohnungswirtschaft sowie dem EB KGm sollen eingeladen und angehört werden.*

vertagt

8.8.1. Grundsatzbeschluss Ökologische Dachflächennutzung  
Vorlage: A0220/19/1

---

vertagt

8.8.2. Grundsatzbeschluss Ökologische Dachflächennutzung  
Vorlage: S0476/19

---

vertagt

8.9. Bepflanzung statt Bebauung am Döllweg  
Vorlage: A0216/19

---

**Stadtrat Stern** ist zur Abstimmung nicht anwesend.

**Stadtrat Dr. Grube** bringt den Antrag ein.

**Stadtrat Schuster** spricht sich gegen den Antrag aus. Die Stadt wächst, hinter diesem Bereich seien Häuser bereits schon vorhanden.  
Der Antrag sei nicht zielführend.

Abstimmung zum Antrag A0216/19: 4-2-2

8.9.1. Bepflanzung statt Bebauung am Döllweg  
Vorlage: S0477/19

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.10. Miteinander im Verkehr  
Vorlage: A0256/19

---

Für **Stadtrat Schuster** habe die Verwaltung die Intention des Antrages nicht verstanden. Er wollte keinen Abarbeitungsstand des Verkehrskonzeptes. Er wollte das Miteinander der Verkehrsteilnehmer behandelt wissen, z.B. durch Aufkleber wie „Otto fährt fair“, „Otto ist miteinander“....oder ähnlichem.

**Stadtrat Stage** habe die Stellungnahme nicht so negativ empfunden.

**Herr Schröter** (Amt 61) sieht die Aufgabe im Bereich Verkehrswacht, bzw. im Dez I.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich für einen Änderungsantrag aus und empfiehlt die Streichung des 2. Satzes im Antrag.

**Stadträtin Linke** spricht sich gegen den Änderungsantrag aus. Aufgaben, Visionen seien wichtig, um die Straße sicherer zu machen. Es gebe gute Beispiele, wie z.B. über die sozialen Medien das Ansinnen zu thematisieren. Flyer seien aber nicht mehr zeitgemäß.

**Stadtrat Hempel** sieht eine allgemeine Kampagne ohne definierten Verkehrsraum nicht als Lösung und fragt, wen erreiche ich damit.

**Stadtrat Stage** sieht durchaus Möglichkeiten mithilfe von Kampagnen gegeben. Eine dementsprechende Aufgabenstellung sei hinsichtlich der Ausarbeitung der Kampagne wichtig.

**Herr Schröter** verweist auf das Mobilitätsprojekt „Schulweg-Detektive“. Die Schulen reagieren selten. Die Lehrer haben versicherungstechnische Probleme.

**Stadträtin Linke** spricht sich gegen die Streichung des letzten Satzes aus und verweist auf Fördermittel, die immer wieder neu von Bund und Land vergeben werden, um die man sich bemühen sollte.

Ein Pressebericht zum Thema wäre ja vielleicht auch schon ein Start in die richtige Richtung, so **Stadtrat Schuster**.

Änderungsantrag:

*Der Stadtrat möge beschließen:*

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche **mit der Verkehrswacht**, dem ADAC und dem ADFC zu führen mit dem Ziel, eine Kampagne für ein faires und rücksichtsvolles Miteinander im Straßenverkehr für die Landeshauptstadt Magdeburg zu entwickeln.*

Abstimmung: 8-0-0

Einzelabstimmung

8.10.1. Punkt - Gespräche zu führen....

---

Abstimmung: 8-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

8.10.2. Punkt - Fördermittel

---

Abstimmung: 1-7-0 nicht empfohlen

8.10.3. Miteinander im Verkehr  
Vorlage: S0535/19

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.11. Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66  
Vorlage: A0208/19

---

**Stadtrat Stern** verlässt um 20:30 Uhr die Sitzung.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich dafür aus den TOP zu vertagen. Eine Klärung der Schule zu den Schulanfangszeiten sei abzuwarten.

Abstimmung zum GO-Antrag: 7-0-0 vertagt

**Stadtrat Hempel** fehlt bei der Abstimmung.

vertagt

8.11.1. Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66  
Vorlage: S0543/19

---

vertagt

9. Informationen

---

9.1. Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zu Kunst am Bau  
Vorlage: I0309/19

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Max Uhlig - Fenster in der Magdeburger Johanniskirche  
hier: Finanzierungsvereinbarung zur Vorfinanzierung sowie  
Fertigstellung des Projektes  
Vorlage: I0346/19

---

**Herr Dr. Scheidemann** informiert, dass durch das Kuratorium zwischenzeitlich weiteres Eigenkapital aus Spenden und Restfördermitteln akquiriert worden sei. Damit werde ein weiterer Fenstereinbau in der Johanniskirche ermöglicht.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.3. Ökologisches Zentrum und Institut Magdeburg (ÖZIM)  
Vorlage: I0279/19

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.4. Reparatur Feldweg zum Kreuzberg/ Frohser Berg  
Vorlage: I0318/19

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.5.           Blindenleitsystem am Hauptbahnhof (A0090/16)  
Vorlage: I0323/19
- 

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.6.           Radweg "Biederitzer Busch" von der Straße "An den  
Rennwiesen" bis zur "Breitscheidstraße"  
Vorlage: I0328/19
- 

**Stadtrat Stage** geht auf die Problematik Bäume ein. Um den Weg zu bauen, müssen einige Bäume gefällt werden, das werde ähnlich schwierig wie in der Königstraße aus seiner Sicht.

**Herr Dr. Scheidemann** sieht keine andere Möglichkeit, an Baumfällungen komme man nicht herum.

**Herr Gebhardt** verweist auf die jetzt zur Verfügung stehenden Fördermittel, um straßenbegleitend einen Radweg herstellen zu können. Für die Variante entlang der Straße liege die Genehmigung der Naturschutzbehörde vor.  
Er verweist auf die sehr große Notwendigkeit des Radwegbaues und auf sehr viele nachvollziehbare Beschwerden hinsichtlich einer besseren Radwegverbindung.

**Stadträtin Linke** hinterfragt die Möglichkeit, den vorhandenen und von vielen Radfahrern und Fußgängern genutzten Trampelpfad auszubauen.

**Herr Gebhardt** verweist auf die vorgeschriebene Radwegbreite, die benötigt werde. Mit dem Ausbau des Trampelpfads würden noch viel mehr Bäume im Biederitzer Busch gefällt werden müssen.

Die Bäume, die bei der vorliegenden Planung gefällt werden müssen, seien zumeist noch recht kleine Gehölze.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.7.           2. Redaktionelle Berichtigung des Flächennutzungsplanes  
Vorlage: I0204/19
- 

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.8. Zwischeninformation zum Sachstand zur Umsetzung des Antrages A0075/19 Installation von Fahrradständern und Ladestationen für E-Bikes  
Vorlage: I0338/19
- 

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.9. Fahrradparkturm  
Vorlage: I0363/19
- 

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee
- 

**Herr Fuß** (Projektleiter EÜ ERA) erläutert den aktuellen Stand der Baumaßnahme.

**Stadtrat Stage** verweist auf frühere Aussagen, dass die Straßenbahndurchfahrt im I. Quartal 2020 erfolgen könne. Nun muss er weitere Verzögerungen (Sommer 2020) zur Kenntnis nehmen und hinterfragt den endgültigen Zeitpunkt für die Straßenbahndurchfahrt.

**Herr Fuß** gibt an, dass noch kein genauer Termin bekannt gegeben werden kann. Dieser sei u.a. auch mit der MVB bezüglich Betrieb und Fahrplanwechsel abzustimmen.

11. Mitteilungen und Anfragen
- 

- 16.1. Stabile Preise für Bus & Bahn  
Vorlage: A0156/19
- 

vertagt

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage  
Vorsitzender

Corina Nürnberg  
Schriftführerin